FDP/DVP Fraktion

IM LANDTAG BADEN-WÜRTTEMBERG

IMPULSPAPIER

DIGITALISIERUNG DER SCHULEN

Freie Demokraten

FDP

Herausgeber | Impressum

FDP/DVP Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3 | 70173 Stuttgart
Telefon: 0711 2063-918
Mail: post@fdp.landtag-bw.de
www.fdp-dvp.de

ViSdP: Dr. Jan Havlik, Pressesprecher

Bilder: Titelbild: @monkeybuisnessimage | gorodenkoff

Stand: 23.07.2019

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

I. Digitalisierung – aktueller Stand: Unsere Schulen stehen nicht da, wo sie stehen sollten

Für die FDP/DVP Fraktion ist die weltbeste Bildung für Baden-Württemberg Maßstab unseres Handelns. Wer diesen Qualitätsanspruch in einer durch die Digitalisierung sich verändernden Welt erhebt, der muss auch dafür eintreten, dass junge Menschen bestmöglich für ihre zukünftigen Aufgaben und Herausforderungen in dieser Welt vorbereitet werden. Das bedeutet keineswegs, dass nach unserer Auffassung nur digitale Bildung gute Bildung ist. Eine Unterrichtsstunde ohne den Einsatz von modernen Medien kann selbstverständlich früher wie heute gleichermaßen erfolgreich sein. Auch entscheiden sich Lehrkräfte manchmal bewusst und aus nachvollziehbaren pädagogischen Gründen gegen den Einsatz moderner Medien im Unterricht, wenn dies die Situation erfordert. Es gilt vielmehr, junge Menschen zur aktiven Teilhabe und Mitgestaltung einer Entwicklung zu befähigen, die ihr Leben in vielen Bereichen bereits jetzt maßgeblich bestimmt. Zudem gilt es, die Möglichkeiten und Chancen zu nutzen, welche die Digitalisierung Lehrern und Schülern in vielerlei Hinsicht eröffnet.

Wenn digitale Bildung in der Schule erfolgreich umgesetzt werden soll, müssen entsprechende Voraussetzungen erfüllt sein: So muss die jeweilige Schule über eine Internetanbindung mit Glasfaseranschlüssen und über eine technische Ausrüstung auf aktuellem Stand verfügen, für die Lehrer und Schüler muss es eine sichere und leistungsfähige Plattform für Kommunikation, Unterricht und Lernen geben, geeignete Lerninhalte müssen bereitgestellt sein, Hard- und Software müssen kontinuierlich betreut und gewartet werden, es bedarf der Berücksichtigung der digitalen Bildung in den Bildungsplänen und Stundentafeln, für den digitalen Unterricht müssen die entsprechend aus- und fortgebildeten Lehrkräfte zur Verfügung stehen und schließlich müssen die für all diese Maßnahmen notwendigen finanziellen Mittel bereitstehen. Bei der Prüfung, inwieweit diese Voraussetzungen an den baden-württembergischen Schulen erfüllt sind, ergibt sich leider ein beunruhigendes Bild vom Stand der Digitalisierung an unseren Schulen:

- Nach einer vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) in Auftrag gegebenen Umfrage geben nur vier von zehn Schulleitungen in Baden-Württemberg an, ihre Schulen verfügten in allen Klassen- und Fachräumen Zugang zum schnellen Internet und WLAN.

- Die grün-schwarze Landesregierung blockierte lange eine Grundgesetzänderung zur Mitfinanzierung des Bundes in Bildungsfragen, ergriff anders als Bayern nicht selbst die Initiative für einen Digitalpakt, sondern verwies auf die noch ungeklärten Förderkriterien des Bundes. Mittlerweile liegt der Entwurf für die Verwaltungsvereinbarung zwar vor, aber die genauen Festlegungen zur Ausgabe der 650 Millionen Euro für Baden-Württemberg stehen immer noch aus.

- Nachdem die Entwicklung und Einführung der Bildungsplattform „ella“ vor allem am Missmanagement der Landesregierung gescheitert ist, will sich die Kultusministerin nicht mehr auf einen konkreten Zeitplan für das Projekt festlegen. Es sind immer mehr Zweifel angebracht, ob unsere Schulen noch in dieser Legislaturperiode mit einer Bildungsplattform rechnen können.

- Obwohl die ehemalige grün-rote und die aktuelle grün-schwarze Landesregierung stolz auf die Einführung des Fachs „Informatik“ hinwiesen, soll an den Haupt-/Werkrealschulen und an den Realschulen Informatik ab Klasse 8 nur als freiwillig zu belegendes Wahlfach angeboten werden.

- Das Kultusministerium hat mangels statistischer Erfassung keinen Überblick über den Einsatz der Lehrkräfte für den Informatik-Unterricht und kann den Personalbedarf nicht abschätzen.

- Das Kultusministerium stellt für die Schulen lediglich Datenschutzbeauftragte an den Regierungspräsidien und Staatlichen Schulämtern zur Verfügung. Eine Unterstützung der Schulen in Form von zusätzlichen Mitteln zur Bewältigung der zahlreichen im Schulalltag aufkommenden Fragen des Datenschutzes gibt es nicht.

- Anders als Bayern und trotz 13 Jahren Projektlaufzeit mit Ausgaben in Höhe von 47 Millionen Euro gelang es der Landesregierung nicht, die Schulverwaltungssoftware „ASV-BW“ an den Schulen des Landes erfolgreich zu implementieren. Offenbar erst im Jahr 2018 erkannte das Kultusministerium, dass ihm die Zügel bei dem für die Schulorganisation, aber auch für die Qualitätsentwicklung und die Unterrichtsversorgung so bedeutsamen Projekt entglitten waren.

II. Was jetzt zu tun ist: Ein Kraftakt für die Digitalisierung der Schulen

Auch wenn die Mitverantwortung der Vorgängerregierungen für manches Versäumnis und manchen Fehler in keiner Weise bestritten werden soll, steht eines fest: Die grün-schwarze Landesregierung ist mit der Digitalisierung von Kopf bis Fuß überfordert. Dabei wäre nun ein echter Kraftakt zur Digitalisierung der Schulen vonnöten. Konkret fordert die FDP/DVP Fraktion:

- **Den Digitalpakt zeitnah umzusetzen.** Es gilt, das Genehmigungsverfahren möglichst unbürokratisch zu halten und angesichts der sehr unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedürfnisse der Schulen den Verantwortlichen vor Ort ein Höchstmaß an Gestaltungsfreiheit zu lassen. Außerdem muss das Land unverzüglich auf die Kommunen zugehen, damit die Engpässe beim Zugang zum glasfaserbasierten Internet möglichst bald beseitigt werden können. Schulen in freier Trägerschaft müssen bei der Umsetzung des Digitalpakts gleichermaßen berücksichtigt werden.

- **Mit den Kommunen eine Vereinbarung zur Wartung und Betreuung der Hard- und Software an den Schulen treffen.** Auch hier ist Gestaltungsfreiheit vor Ort vonnöten, wenn ein digitaler Hausmeister Wirklichkeit werden soll.

- **Informatik an den Haupt-/Werkrealschulen und den Realschulen ab Klasse 8 zu einem Wahlpflichtfach zu machen.** Es ist unverständlich, warum dies an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen bereits jetzt möglich ist, nicht jedoch an den anderen weiterführenden Schulen. Neben einer praxisorientierten Ausbildung zum Umgang mit modernen Medien im

Rahmen der schulischen Medienbildung ist auch eine eingehende Beschäftigung mit den theoretischen und technischen Grundlagen der Digitalisierung an allen weiterführenden Schulen aus Sicht der FDP/DVP Fraktion unverzichtbar.

- **Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung zeitnah den Bedarf an Informatiklehren für alle Schulen zu erheben sowie weitere Möglichkeiten eines Quereinstiegs ins Lehramt zu prüfen und gegebenenfalls zuzulassen.** Daneben muss es ausreichend Angebote für eine regelmäßige Fort- und Weiterqualifizierung für das Fach Informatik geben.

- **Zügig eine neue Bildungsplattform auf den Weg zu bringen.** Das Missmanagement der Landesregierung bei der Bildungsplattform „ella“ bestätigt uns in unserer Präferenz für eine offene Ausschreibung des Projekts. Bei der Entwicklung der Bildungsplattform sollte auf die Expertise anderer Länder und Bundesländer zurückgegriffen werden, in denen vergleichbare Plattformen bereits erfolgreich eingesetzt werden. Wie jedes Unternehmen könnte die Landesregierung auch auf gängige Programme zurückgreifen, die auf dem freien Markt zu haben sind Außerdem sollten die Einzelbausteine Schritt für Schritt installiert werden, zu Beginn beispielsweise ein Messenger-Dienst für eine sichere Kommunikation von Schülern und Lehrern. Längerfristig erhoffen wir uns von einer Bildungsplattform auch eine Lösung für urheberrechtliche Probleme, insbesondere in Form eines Vergütungssystems für Autoren und Verlage.

- **Die Schulen und Lehrkräfte im Bereich des Datenschutzes und der Datensicherheit unterstützen.** Jede Schule muss über ausreichend Mittel verfügen, um den Anforderungen des Datenschutzes und der Datensicherheit gerecht werden zu können.

- **Ein eigenständiges Digitalisierungsministerium einrichten.** Eine Fortsetzung der organisierten Verantwortungslosigkeit wie im Projektmanagement der Bildungsplattform „ella“ darf es nicht geben. Und auch die Fehler bei der Projektsteuerung bei „ASV-BW“ mahnen uns, die Digitalisierung in Baden-Württemberg als ein Großprojekt zu begreifen, das einer professionellen Bearbeitung aus einer Hand bedarf.

III. Für die digitale Welt von morgen: Unseren Schulen Innovationen ermöglichen

Die Digitalisierung hat unsere Welt verändert und wird sie weiter verändern. So wie das Internet für neue Wege der Informationsbeschaffung gesorgt hat und Smartphones unsere alltägliche Kommunikation revolutioniert haben, eröffnen mittlerweile künstliche Intelligenzen und automatisierte Prozesse in der Industrie neue Horizonte in Gesellschaft und Wirtschaft. Wir wissen nicht, wie die Welt von morgen aussieht, außer dass sie nicht mehr dieselbe sein wird. Gerade deshalb halten wir Freie Demokraten es für erforderlich, den Herausforderungen der digitalen Zukunft mit wachem Interesse, positivem Gestaltungswillen und Offenheit für Neues zu begegnen. Um kommende Generationen in diesem Sinne stark zu machen für ihr Leben in der Welt von morgen, kommt der schulischen Bildung naturgemäß eine Schlüsselrolle zu. Schule kann aber nur Offenheit für Neues vermitteln, wenn sie auch selbst neue Herausforderungen sucht.

Damit die Schulen Innovationskraft entfalten können, müssen wir sie in ihrer Eigenverantwortung und Gestaltungsfreiheit stärken. Konkret wollen wir:

- **Den Schulen ein Budget zur eigenständigen Bewirtschaftung übertragen.** Dieses Budget umfasst die Mittel für die Unterrichtsversorgung, den zusätzlichen Verwaltungsaufwand und für eigene inhaltliche Schwerpunkte. Entsprechend wählen die Schulen ihr Personal weitestgehend selbst aus und sind für die Personalentwicklung verantwortlich. Darüber hinaus wollen wir eine Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden über ein verlässliches Budget der Schulen für ihre Sachausgaben treffen.

- **Den Schulen Gestaltungsfreiheit bei der Digitalisierung geben, einschränkende Vorgaben soweit wie möglich abbauen und aufkommende Problemstellungen lösungsorientiert bearbeiten.** Beispielsweise muss der Einsatz eines so genannten „Avatar-Roboters", einer technischen Verbindung für langzeiterkrankte Kinder zur Schule und zur Schulklasse, möglich sein. Die Digitalisierung eröffnet auch Möglichkeiten der Zusammenarbeit über Klassen- und Schulgrenzen hinweg, die es beispielsweise zum Zweck eines breiten, auch seltenere oder spezialisierte Fächer umfassenden Unterrichtsangebots zu nutzen gilt.

- **Eine Task-Force einrichten, die den Schulen Hilfestellungen und Empfehlungen gibt, die Digitalisierung der Schulen wissenschaftlich begleitet, Austausch und Vernetzung von Schulen, Lehrkräften und Experten von außen voranbringt und Innovationen fördert.** Zusätzlich erhalten ausgewählte Schulen nach erfolgreicher Teilnahme an einem Innovationswettbewerb die Möglichkeit, ihre Digitalisierungsprojekte im Rahmen von Modellversuchen durchzuführen.

- **Ein Konzept für eine früh einsetzende und altersübergreifende Medienbildung entwickeln und umsetzen.** Die ersten Grundlagen zum verantwortungsvollen und kritischen Umgang mit Medien müssen bereits in der frühkindlichen Bildung und in der Grundschule gelegt werden, so dass in späteren Jahren darauf aufgebaut werden kann. Auf die Aneignung von Fähigkeiten wie systematischer Quellenabgleich, kollaboratives Arbeiten, die erfolgreiche Nutzung digitaler Medien, das Erkennen der Vor- und Nachteile flüchtiger Medien, die selbstverständliche Berücksichtigung der Belange des Datenschutzes und der Datensicherheit oder die kritische Reflexion über ethische Aspekte in der virtuellen Welt muss von klein auf kontinuierlich hingearbeitet werden.